

Eberswalde, 05.12.2018

Betreff:

**Änderungsantrag zur BV/0788/2018 – Hauptsatzung der Stadt
Eberswalde -
Beibehaltung der Formulierung des § 10 der ursprünglichen
Fassung „Ausschüsse“ und Ergänzung um die Absätze (2) und (3)
der neuen Fassung**

Beratungsfolge:

Hauptausschuss	13.12.2018	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	18.12.2018	Entscheidung

Beschlussantrag

In der überarbeiteten Fassung der Hauptsatzung ist der § 10 der ursprünglichen Fassung der Hauptsatzung aus dem Jahre 2013 beizubehalten. Er ist um die Absätze (2) und (3) der überarbeiteten Fassung zu ergänzen. Der Absatz (1) der neuen Fassung entfällt ersatzlos.

Begründung

Die konkrete Bezeichnung der Ausschüsse schränkt im Gegensatz zur ursprünglichen Fassung der Hauptsatzung eine freie Entscheidungsfindung der Stadtverordneten zur Schwerpunktsetzung zu jedem gewünschten Zeitpunkt maßgeblich ein und ist damit undemokratisch und jeglichen Bestrebungen aktueller, innovativer Erneuerung hinderlich.

Der 2016 mit 19 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen angenommene Beschlussantrag der LINKEN (Beschlussnummer 24/188/16) – Antrag auf Umbildung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration - unterzeichnet vom Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung -, enthielt keine sachbezogene Begründung und berief sich nur auf die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Damit wurden bewusst Handlungsspielräume und demokratische Mitwirkungs-, Einflussnahme-, Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse maßgeblich eingeschränkt. Die damalige Argumentation des Bürgermeisters, dass die Verwaltung ohne Belastung durch die Ausschüsse effizienter arbeiten könnte, belegt dies und hätte

Bündnis Eberswalde
Fraktionsvorsitzender: Viktor Jede
Eberswalder Straße 121
16227 Eberswalde

schon zum damaligen Zeitpunkt hinterfragt werden müssen.

So begründete der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jürgen Wolff, in der Kreisparteizeitung der LINKEN „Offene Worte“ vom Februar 2017 den Antrag seiner Fraktion zur Ausschusszusammenlegung wie folgt: „So waren die Tagesordnungen beider Ausschüsse regelmäßig so kurz, dass sie trotz Anwohnersprechstunden und ausgedehnter Information aus der Stadtverwaltung in ihrer Dauer unter einer Stunde blieben.“ Die Barnimer Bürgerpost recherchierte: „Tatsächlich dauerten drei von sechs der von Wolff geleiteten Sitzungen...nur eine Stunde.“ Alle anderen Sitzungszeiten waren vom Zeitaufwand her wesentlich umfangreicher.

Das Vortäuschen falscher Tatsachen blieb mit dem damaligen Beschlussantrag zur Ausschusszusammenlegung seitens vieler Stadtverordneter unbeachtet und kritiklos.

In einer Ausgabe der Barnimer Bürgerpost aus dem Jahre 2016 sprach dagegen der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn, damals Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, von einem neuen Mammutausschuss mit deutlich geringerer Qualität der inhaltlichen Beratungen.

Der in der neuen Fassung der Hauptsatzung auch weiterhin aufgeführte Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport hat sich in der neuen Form und der Vielfalt der Sachgebiete so nicht bewährt. Übervolle Tagesordnungen, zeitaufwändige Berichterstattungen und Präsentationen, laufender Zeitdruck und Ermahnungen, sich kurz zu fassen, haben verhindert, Sachverhalte in befriedigender Weise ausdiskutieren.

Mammutsitzungen und Qualitätsverlust, wie sie im Artikel der MOZ vom 10.11.2016 „Einzelne Abstimmung gefordert“ befürchtet wurden (letzte Sitzung am 11.04.2018 ca. vier Stunden), sind nun unbefriedigende Realität geworden

Die Zusammenlegung der o.g. Ausschüsse im Jahre 2016 war ein enormer Rückschritt in der demokratischen Mitwirkung der Volksvertreter und nicht im Interesse einer transparenten, bürgerfreundlichen Kommunalpolitik.

Es besteht jetzt die Chance, diese negative, undemokratische Entwicklung durch konstruktive Überlegungen zur Neustrukturierung der Ausschüsse zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Viktor Jede
Fraktionsvorsitzender